

## **Der Einfluss der Denkfabriken am Beispiel der USA**

**In ihrem Vortrag (siehe Seite 4 der Zusammenfassung) verwies Sabine Schiffer auf die Untersuchung des Quincy Institute of Responsible Statecraft der führenden US-amerikanischer Thinktanks / Denkfabriken, die sich in den USA an der öffentlichen Debatte zum Ukrainekrieg beteiligen**

Die junge Welt vom 13.7.2023 berichtete über die Studie (Siehe unten). Hier einige Stichpunkte:

Die Beteiligung der Thinktanks an der öffentlichen Debatte erfolgt durch Statements und durch „Fachleute / Experten“.

Es ist nicht messbar, in wie weit diese Finanzierung die Haltung in der öffentlichen Debatte beeinflusst.

Allerdings sind von den untersuchten 50 Instituten diejenigen, die aus dem Verteidigungshaushalt oder von der Rüstungsindustrie finanziert werden, deutlich für Waffen, gegen Verhandlungslösungen, lehnen jegliche „Kompromisse mit dem Kreml“ ab und sind für Aufrüstung.

Die wenigen Institute, die keine Gelder aus diesem Bereich erhalten, raten zum Gegenteil. Von den zehn großen Thinktanks in den USA ist nur Human Rights Watch nicht von dieser Seite finanziert.

Die meisten großen US Denkfabriken wirken global. So sind auch in deutschen Talkshows oft die „Experten“ des Atlantik Council und des German Marshall Fund zu Gast.

### **Die Meinungsführer von der Waffenlobby**

**USA: Von Rüstungskonzernen gesponserte Thinktanks dominieren Berichte über Ukraine-Krieg**

Carmela Negrete

<https://www.jungewelt.de/artikel/454688.interestenkonflikte-die-meinungsfuehrer-von-der-waffenlobby.html>

Zufälle gibt es. Und Interessen. Welche »Experten« die öffentlichen Debatten bestimmen, die in den USA über den Ukraine-Krieg geführt werden, hat wenig mit ersterem und viel mit letzterem zu tun. Die meisten dieser Fachkundigen sind nämlich alles andere als unabhängig. Und von den Medien werden Geldgeber der Gesprächspartner allzu gern unterschlagen.

Das sind zentrale Ergebnisse einer Studie, die das Quincy Institute for Responsible Statecraft (etwa: Quincy-Institut für verantwortungsvolle Staatskunst) Ende Mai veröffentlichte. Demnach werden die Debatten über den Ukraine-Krieg in den Vereinigten Staaten von Thinktanks dominiert, die von der Waffenindustrie finanziert werden. Wobei solche Denkfabriken längst nicht nur in den USA tätig sind. Experten des »Atlantik Council« etwa sind auch in deutschen Talkshows gern gesehene Gäste, bei den 160 Mitarbeitern des Washingtoner »German Marshall Fund« ergibt sich der Arbeitsschwerpunkt aus dem Namen.

Was Beiträge zu US-Waffen im Ukraine-Krieg angeht, lässt sich eine »große Mehrheit« der Zitate von Experten auf Thinktanks zurückführen, »deren Finanziere von US-Rüstungsausgaben profitieren«, wurde in der unter Leitung des Politikwissenschaftlers Benjamin Freeman erstellten Studie des Quincy-Instituts konstatiert. Von den bei diesem Thema meistzitierten Denkfabriken erhielten 77 Prozent Fördermittel aus dem Verteidigungssektor, wobei ein Drittel der großen Thinktanks nicht einmal angibt, wer sie finanziert. Die Dunkelziffer dürfte also groß sein.

Eine Milliarde US-Dollar haben die 50 größten Thinktanks zwischen 2014 und 2019 von der Rüstungsindustrie oder dem Verteidigungsministerium bekommen. Diese Summe hat Freeman anhand der öffentlich zugänglichen Informationen ermittelt. Auch hier dürfte die Dunkelziffer hoch sein.

Die zehn meistzitierten sogenannten Denkfabriken werden alle von Rüstungslobbyorganisationen finanziert, mit Ausnahme von Human Rights Watch. In welchem Ausmaß diese Finanzierungen die Meinungsbildung der Thinktanks beeinflussten, sei schwierig zu beurteilen, so die Studie. Was jedoch festgestellt wurde: »Denkfabriken mit finanziellen Verbindungen zur Rüstungsindustrie unterstützen häufig Maßnahmen, die der Waffenindustrie zugute kommen würden.« Sie missbilligten oft diplomatische Lösungen von Konflikten und plädierten für eine »Ablehnung jeglicher Kompromisse mit dem Kreml«, schrieb der Experte. Sie setzten sich zudem für eine Erhöhung der Wehretats ein. Die wenigen, die keine Rüstungsgelder erhielten, »veröffentlichen Artikel, die wenig Ähnlichkeit mit denen der Kollegen aus den von der Verteidigungsindustrie finanzierten Thinktanks haben«. Im Gegenteil setzten diese sich für eine Verringerung des militärischen Engagements der USA in Europa ein und befürworteten die Idee, dass Konflikte durch Verhandlungen gelöst würden. Freeman plädiert dafür, dass jede Denkfabrik ihre Spenden offenlegt und Medien auf Interessenkonflikte ihrer »Experten« hinweisen. Sicherlich ist es kein Zufall, dass das nicht längst geschehen ist.